

Protokoll 44. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 3. April 2019, 17.00 Uhr bis 19.52 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Elena Marti (Grüne)

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Guido Hüni (GLP), Simon Kälin-Werth (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2019/114](#) * Weisung vom 27.03.2019: VSI
Dringliche Motion von Roger Tognella (FDP) und Marco Denoth (SP) betreffend Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Bericht und Abschreibung
3. [2018/411](#) * Postulat von Alan David Sangines (SP) und Vera Ziswiler (SP) VHB
E/T vom 31.10.2018:
Vollbeflagung der Stadt während dem Zurich Pride Festival
4. [2019/81](#) * Postulat von Nicole Giger (SP), Andri Silberschmidt (FDP) und VSI
E/A 16 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2019:
Einführung von mediterranen Wochen in Zürich als Pilotversuch
5. [2019/98](#) * Interpellation von Markus Merki (GLP) und Stefan Urech (SVP) STP
** vom 13.03.2019:
Studie zum Projekt Tanz- & Theaterlandschaft Zürich, Interpretation der im Studienauftrag definierten Lücken und den erzielten Studienresultaten sowie der definierten Budgetneutralität und der Erhöhung des Budgets, Hintergründe zum Entzug der Kompetenz des Gemeinderats betreffend Beschlussfassung über die Unterstützung der Institutionen
6. [2019/106](#) * Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parla- VGU
E mentsgruppe EVP vom 20.03.2019:
Festlegung einer stringenten Klimapolitik in der städtischen Verfassung mit dem Ziel einer Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner auf Null bis ins Jahr 2030
7. [2019/107](#) * Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der VGU
E Parlamentsgruppe EVP vom 20.03.2019:
Bericht über die Ziele und Massnahmen der Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft hinsichtlich dem Ziel einer Reduktion des

| | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| | | | CO ₂ -Ausstosses auf Null pro Einwohnerin und Einwohner bis 2030 | |
| 8. | 2018/408 | | Weisung vom 31.10.2018: Motion von Marcel Savarioud und Karin Weyermann betreffend Schliessung der Lücken in der Palliative Care-Versorgung der Stadt Zürich unter Berücksichtigung der nationalen Strategie, Bericht und Abschreibung | VGU |
| 10. | 2017/269 | | Interpellation von Peter Schick (SVP), Rolf Müller (SVP) und 14 Mitunterzeichnenden vom 23.08.2017: Stellenentwicklung, bauliche Veränderungen und Investitionen an den Stadtspitälern Triemli und Waid sowie Nutzen der bestehenden Kooperationen | VGU |
| 11. | 2018/54 | E/A | Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 07.02.2018: Umsetzung eines wissenschaftlichen Pilotversuchs für einen kontrollierten Cannabisverkauf sowie Förderung eines progressiven Umgangs mit Cannabis auf nationaler Ebene | VGU |
| 12. | 2018/59 | E/A | Postulat von Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 07.02.2018: Gratistests für sexuell übertragbare Infektionen | VGU |
| 13. | 2018/123 | A | Motion von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 28.03.2018: Nachweis der Lärmverbesserungen bei Temporeduktionen durch eine unabhängige Stelle sowie Publikation der Messdaten in einem jährlichen Bericht | VGU |
| 14. | 2018/284 | | Interpellation von Matthias Probst (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 11.07.2018: Umsetzung des Klimaabkommens von Paris in Zürich, Positionierung des Stadtrats zum 2-Grad-Ziel, Grundlagen und Massnahmen für die Erreichung des Ziels in der Stadt und den einzelnen Dienstabteilungen | VGU |
| 15. | 2018/328 | E/A | Motion der GLP-Fraktion vom 05.09.2018: Umsetzung eines Massnahmenplans für eine Hitzevorsorge der Stadt | VGU |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1089. 2019/127

**Erklärung der AL-Fraktion vom 03.04.2019:
Defizite der Zentralen Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB) und Zahlungsmoral der Klientinnen und Klienten**

Namens der AL-Fraktion verliest Christina Schiller (AL) folgende Fraktionserklärung:

Die AL bleibt dabei: Hotel Suff - so nöd

Die Entstehungsgeschichte der ZAB passt gut zu Zürich. Erlaubt ist, was nicht stört. Die Beseitigung der Störung erfolgt dann in möglichst teurer und fürsorglicher Weise. Früher störten die Drogenkonsument*innen. Man erfand das Rückführungszentrum. Die Störer*innen wurden aufgegriffen und in die alte Kaserne verbracht, danach mit einer Rechnung in ihre Gemeinden zurückgeschickt. Als die Klientel zunehmend ausblieb, stellten findige Beamte fest, dass eine zentrale Ausnüchterungsstelle für Zürich nicht schlecht wäre. Die Quartierwachen und die Notfallstationen sollten entlastet werden. Die AL hat schon 2011 darauf hingewiesen, dass die Stadt andere Lösungen für dieses Problem finden muss. Die Entlastung des Pflegepersonals war zwar notwendig. Dieses Problem galt es zu lösen, ohne dass man eine Institution aufbaute, die finanziell aus dem Ruder läuft.

Bereits bei der definitiven Einführung der ZAB war klar, dass die Auslastung unter den Erwartungen bleiben würde. Die Zahlungsmoral liess von Anfang an mehr als zu wünschen übrig. Es überrascht, dass gemäss einem Artikel des Tagesanzeigers, die Stadtpolizei dies erst jetzt gemerkt hat und Einsparungen vornehmen möchte. Die ZAB war seit Anfang an defizitär. Das belegt auch die stadträtliche Antwort auf eine Schriftliche Anfrage der AL aus dem Jahr 2017. Wer meint, dass vornehmlich junge Menschen in der ZAB landen, täuscht sich. Alle Anfragen zu diesem Thema haben gezeigt, dass die Mehrheit der Eingewiesenen über 30 Jahre alt ist. 2016 waren knapp 60% über 30 Jahre alt, knapp 8% sogar über 55. An Montagen waren durchschnittlich 1.1 Personen in der ZAB, an Samstagen und Sonntagen je 3.6 Personen. Die Zahlungsmoral lag schon damals bei nur 71%; das Defizit betrug fast 1 Million Franken. Bei einem Betrieb von Donnerstag bzw. Freitag bis Sonntag hätte man rund 43 Prozent bzw. 57 Prozent der Kosten einsparen können. 2018 wurden nun etwas mehr Menschen in die ZAB eingewiesen – am Grundproblem hat sich aber nichts geändert.

Die AL nimmt befremdet zur Kenntnis, dass die Stadtpolizei das Problem nicht anpackt, sondern einfach beim Personal sparen und die polizeiliche Assistenz durch eine private Sicherheitsfirma ersetzen möchte. Anstatt staatliche Aufgaben auszulagern und somit das Lohndumping der privaten Sicherheitsfirmen zu unterstützen, würde es mehr Sinn machen, die ZAB einzustellen und die freiwerdenden Mittel den Stadtspitälern zur Verfügung zu stellen. Es macht keinen Sinn, für durchschnittlich 1.1 Klienten*innen an einem Montagabend vier Personen während 14 Stunden zu beschäftigen. Die AL plädiert für einen Befreiungsschlag und fordert die Stadtpolizei auf, Alternativoptionen zu prüfen.

G e s c h ä f t e

1090. 2019/114

**Weisung vom 27.03.2019:
Dringliche Motion von Roger Tognella und Marco Denoth betreffend Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss des Büros vom 1. April 2019

1091. 2018/411**Postulat von Alan David Sangines (SP) und Vera Ziswiler (SP) vom 31.10.2018:
Vollbeflaggung der Stadt während dem Zurich Pride Festival**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Michael Schmid (FDP) vom 27. März 2019 (vergleiche Beschluss-Nr. 1061/2019)

Die Dringlicherklärung wird von 20 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1092. 2019/81**Postulat von Nicole Giger (SP), Andri Silberschmidt (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2019:
Einführung von mediterranen Wochen in Zürich als Pilotversuch**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Nicole Giger (SP) vom 27. März 2019 (vergleiche Beschluss-Nr. 1064/2019)

Die Dringlicherklärung wird von 69 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1093. 2019/98**Interpellation von Markus Merki (GLP) und Stefan Urech (SVP) vom 13.03.2019:
Studie zum Projekt Tanz- & Theaterlandschaft Zürich, Interpretation der im Studienauftrag definierten Lücken und den erzielten Studienresultaten sowie der definierten Budgetneutralität und der Erhöhung des Budgets, Hintergründe zum Entzug der Kompetenz des Gemeinderats betreffend Beschlussfassung über die Unterstützung der Institutionen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Merki (GLP) vom 27. März 2019 (vergleiche Beschluss-Nr. 1060/2019)

Die Dringlicherklärung wird von 61 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1094. 2019/106**Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 20.03.2019:
Festlegung einer stringenten Klimapolitik in der städtischen Verfassung mit dem Ziel einer Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner auf Null bis ins Jahr 2030**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Knauss (Grüne) vom 27. März 2019 (vergleiche Beschluss-Nr. 1062/2019)

Die Dringlicherklärung wird von 81 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1095. 2019/107

Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 20.03.2019:

Bericht über die Ziele und Massnahmen der Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft hinsichtlich dem Ziel einer Reduktion des CO₂-Ausstosses auf Null pro Einwohnerin und Einwohner bis 2030

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Knauss (Grüne) vom 27. März 2019 (vergleiche Beschluss-Nr. 1063/2019)

Die Dringlicherklärung wird von 83 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1096. 2018/408

Weisung vom 31.10.2018:

Motion von Marcel Savarioud und Karin Weyermann betreffend Schliessung der Lücken in der Palliative Care-Versorgung der Stadt Zürich unter Berücksichtigung der nationalen Strategie, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Konzept «Palliative Care in der Stadt Zürich: Konzept zur Schliessung der wesentlichen Versorgungslücken» (Beilage vom 25. Oktober 2018) wird zustimmend zur Kenntnis genommen, ebenfalls die Zusicherung des Stadtrats, dem Gemeinderat einen Bericht über die Umsetzung der dreijährigen Pilotphase und allenfalls die notwendigen Beschlüsse zur Überführung in den Regelbetrieb zu unterbreiten.
2. Die Motion, GR Nr. 2016/81, von Marcel Savarioud (SP) und Karin Weyermann (CVP) vom 16. März 2016 betreffend Schliessung der Lücken in der Palliative Care-Versorgung der Stadt Zürich unter Berücksichtigung der nationalen Strategie wird als erledigt abgeschlossen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Marcel Savarioud (SP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Marcel Savarioud (SP), Referent; Präsidentin Elisabeth Schoch (FDP), Vizepräsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Susanne Brunner (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Helen Glaser (SP), Corina Gredig (GLP), Rolf Müller (SVP), Marion Schmid (SP), Corina Ursprung (FDP), Barbara Wiesmann (SP)

Abwesend: Guy Kraysenbühl (GLP), Joe A. Manser (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Marcel Savarioud (SP), Referent; Präsidentin Elisabeth Schoch (FDP), Vizepräsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Susanne Brunner (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Helen Glaser (SP), Corina Gredig (GLP), Rolf Müller (SVP), Marion Schmid (SP), Corina Ursprung (FDP), Barbara Wiesmann (SP)

Abwesend: Guy Krayenbühl (GLP), Joe A. Manser (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Konzept «Palliative Care in der Stadt Zürich: Konzept zur Schliessung der wesentlichen Versorgungslücken» (Beilage vom 25. Oktober 2018) wird zustimmend zur Kenntnis genommen, ebenfalls die Zusicherung des Stadtrats, dem Gemeinderat einen Bericht über die Umsetzung der dreijährigen Pilotphase und allenfalls die notwendigen Beschlüsse zur Überführung in den Regelbetrieb zu unterbreiten.
2. Die Motion, GR Nr. 2016/81, von Marcel Savarioud (SP) und Karin Weyermann (CVP) vom 16. März 2016 betreffend Schliessung der Lücken in der Palliative Care-Versorgung der Stadt Zürich unter Berücksichtigung der nationalen Strategie wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 10. April 2019

1097. 2017/269

Interpellation von Peter Schick (SVP), Rolf Müller (SVP) und 14 Mitunterzeichnenden vom 23.08.2017:

Stellenentwicklung, bauliche Veränderungen und Investitionen an den Stadtspitalern Triemli und Waid sowie Nutzen der bestehenden Kooperationen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 202 vom 14. März 2018).

Peter Schick (SVP) nimmt Stellung und zieht die Interpellation zurück.

Das Geschäft ist erledigt.

1098. 2018/54**Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 07.02.2018:
Umsetzung eines wissenschaftlichen Pilotversuchs für einen kontrollierten
Cannabisverkauf sowie Förderung eines progressiven Umgangs mit Cannabis
auf nationaler Ebene**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Barbara Wiesmann (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3760/2018) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1099. 2018/59**Postulat von Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 07.02.2018:
Gratistests für sexuell übertragbare Infektionen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marco Denoth (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3765/2018).

Marcel Müller (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 7. März 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1100. 2018/123**Motion von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 28.03.2018:
Nachweis der Lärmverbesserungen bei Temporeduktionen durch eine unabhängige Stelle sowie Publikation der Messdaten in einem jährlichen Bericht**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Stephan Iten (SVP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3902/2018).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Die Motion wird mit 36 gegen 85 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1101. 2018/284

Interpellation von Matthias Probst (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 11.07.2018:

Umsetzung des Klimaabkommens von Paris in Zürich, Positionierung des Stadtrats zum 2-Grad-Ziel, Grundlagen und Massnahmen für die Erreichung des Ziels in der Stadt und den einzelnen Dienstabteilungen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1 vom 9. Januar 2019).

Matthias Probst (Grüne) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1102. 2018/328

Motion der GLP-Fraktion vom 05.09.2018:

Umsetzung eines Massnahmenplans für eine Hitzevorsorge der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 331/2018).

Rolf Müller (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. September gestellten Ablehnungsantrag.

Walter Angst (AL) beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Isabel Garcia (GLP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Die Motion wird mit 85 gegen 21 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1103. 2019/128

Motion von Hans Jörg Käppeli (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 03.04.2019: Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers

Von Hans Jörg Käppeli (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden ist am 3. April 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um den Klusplatz mit benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus, unter Mitwirkung des Quartiers neu zu gestalten. Insbesondere sind die Umsteigebeziehungen deutlich zu verbessern und die Wege zu verkürzen. Dabei ist auf ein vernünftiges Nebeneinander von MIV und ÖV zu achten. Die Veloverbindungen gemäss regionalem Richtplan sind zu realisieren.

Begründung:

Der Klusplatz ist unattraktiv und hat keine Aufenthaltsqualität. Er ist lediglich eine Verkehrsanlage mit verstreuten Tram- und Bushaltestellen. Die Haltestellen sind nicht behindertengerecht und unkomfortabel. Die Umsteigewege sind lang und unübersichtlich.

Mit der Verlängerung der Buslinie 31 nach Witikon wurden die Mängel des sehr wichtigen Umsteigeknotens nicht gelöst. Auch mit dem Direktbus müssen weiterhin viele Personen umsteigen.

Die beiden bestehenden Tramhalteanten können wegen der Kurve in dieser Lage unmöglich behindertengerecht und kundenfreundlich umgebaut werden. Die Stufe und der Spalt beim Einstieg sind viel zu gross und gefährlich. Das vordere Tram verdeckt die Sicht auf das dahinter wartende Tram. Das hintere Tram ist nur mit einem Umweg erreichbar und weist nur einen schmalen Perron auf. Kiosk und WC schränken die Übersichtlichkeit zusätzlich ein. Für ältere Menschen, sowie Menschen mit einer Behinderung, Kinderwagen oder Gepäck gleicht das Umsteigen am Klusplatz einem Stafettenlauf. Für einen Teil der Menschen ist der Einstieg schlicht unmöglich.

Wenn ein behindertengerechter Umbau der Tramhaltestelle an der bestehenden Lage nicht möglich ist, muss die Anordnung der Aussteige- und Einsteigehaltestellen am Klusplatz ganz neu angedacht werden. Eine mögliche Lösung sehen wir in der Platzierung der stadteinwärts führenden Haltestelle in den geraden Teil der Witikonstrasse. Die Haltestelle in Richtung Witikon könnte in die Asylstrasse verlegt werden.

Die Planung muss auch den MIV berücksichtigen. Dabei darf nicht zwingend an der bestehenden Anordnung und Funktionalität festgehalten werden. Durch eine gesamtheitliche Planung von ÖV, Velo und MIV können Synergien genützt werden.

Personen, die im Umfeld des Klusplatz wohnen, arbeiten, sich dort aufhalten, umsteigen oder vorbeifahren haben unterschiedliche Interessen. Die Betroffenen sollen in einem Mitwirkungsprozess gebührend einbezogen werden.

Der bedeutende Platz rechtfertigt auch eine städtebauliche Aufwertung.

Mitteilung an den Stadtrat

1104. 2019/129

Motion von Markus Knauss (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 03.04.2019: Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze

Von Markus Knauss (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) ist am 3. April 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine kreditschaffende Weisung zu einer Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze vorzulegen. Der heute stark überdimensionierte Strassenraum

ist auf zwei Spuren für den Durchgangsverkehr zu reduzieren und im Sinne eines Quartierzentrums mit einem Niedriggeschwindigkeitsszenario auszugestalten. Dabei sind sichere, ebenerdige Querungen für die Fussgängerinnen und Fussgänger anzubieten.

Begründung:

Das Gebiet rund um die Thurgauerstrasse steht vor einer grundlegenden Neuorientierung. Mit der geplanten Grossüberbauung an der Thurgauerstrasse, dem Stadtpark und dem neuen Schulhaus, aber auch mit der Gebietsentwicklung östlich der Thurgauerstrasse wird sich das Gebiet stark verändern. Damit hier Innenverdichtung mit angemessenem Lebens- und Freiraumqualität entstehen kann, muss sich diese Veränderung in der Gestaltung und dem Betrieb der Thurgauerstrasse niederschlagen.

Die Thurgauerstrasse im jetzigen Zustand führt zu erheblichen Lärmproblemen, die sich unausweichlich negativ auf die gewünschte Siedlungsentwicklung auswirken werden. So verhindert die Lärmproblematik eine sinnvolle Strukturierung der Bauten und eine optimale Gestaltung des neu entstehenden Stadtraums. Es ist daher notwendig, dass Grundlagen für eine nachhaltige Stadtentwicklung mit weniger Lärmbelastung bereits früh geschaffen werden.

Eine nachhaltige Innenverdichtung in Zürich kann nur dann gelingen, wenn eine gute Lösung auf allen Ebenen angestrebt wird. Dazu gehört auch die einwohnerfreundliche Gestaltung des Strassenraums.

Mitteilung an den Stadtrat

1105. 2019/130

Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Michael Kraft (SP) vom 03.04.2019: Einmalige Abschreibung von Verträgen mit frühen Anbietern von Solarenergie zur Senkung der Tarife

Von Matthias Probst (Grüne) und Michael Kraft (SP) ist am 3. April 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Verträge mit Anlagen der Solarstrombörse mit älteren Solaranlagen so einmalig abgeschrieben werden können, dass der Solarstrom aus diesen Anlagen nicht mehr als 18 Rappen pro Kilowattstunde kostet.

Begründung:

Das ewz hat ab 2006 Verträge mit frühen Anbietern der Solarenergie abgeschlossen. Diese alten und sehr teuren Verträge wurden fix über 20 Jahre geschlossen und laufen erst gegen 2030 aus. Sie fliessen nach wie vor zu Gestehungskosten in Tarife des ewz mit Solarenergie ein. Der Markt hat sich seither massiv verändert, die heutigen Kosten sind deutlich tiefer. Diese «Altlasten» sollen zugunsten eines realitätsnäheren Tarifs abgeschrieben und solidarisch getragen werden. Dies hätte eine Preissenkung bei den ökologischen ewz-Tarifen mit Solarenergie zur Folge und würde einen weiteren Anreiz bieten, ökologisch hochwertigen Strom zu bestellen.

Mitteilung an den Stadtrat

1106. 2019/131

Interpellation der GLP-Fraktion vom 03.04.2019: Bündelung der Zuständigkeit für Verkehrsfragen, Vor- und Nachteile sowie Synergiepotential eines Departements für Mobilität

Von der GLP-Fraktion ist am 3. April 2019 folgende Interpellation eingereicht worden:

Der Stadtrat hat nach der Ablehnung der Initiative «7 statt 9» gesagt, dass er die Optimierung und Überprüfung der Effizienz des Stadtrats sowie der Departemente als Daueraufgabe sieht. Bei Verkehrsfragen ist es in der Regel so, dass Amt A sagt, dass sie ja gerne würden, aber Amt B leider blockiert. Die Buchstaben A und B lassen sich frei mit Tiefbauamt, Dienstabteilung Verkehr oder VBZ besetzen. Andere Städte wie z.B. Bern oder Kantone wie z.B. Basel haben gute Erfahrungen mit einem «Amt für Mobilität» gemacht und so den Betrieb und die Planung des Verkehrs aus einer Hand realisiert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie steht der Stadtrat grundsätzlich einem «Departement für Mobilität», also einem Zusammenschluss von TAZ, DAV und VBZ unter einer Leitung, gegenüber?
2. Sieht der Stadtrat bei der bestehenden «Zerstückelung» der Verkehrsthemen Handlungsbedarf? Und wenn ja, welche? Oder sieht er die Breite der Zuständigkeiten und Verwaltungsabteilungen als «Vorteil»? Und wenn ja, welche?
3. Welche Vor- und Nachteile sieht der Stadtrat in einem integrierten Mobilitäts-Departement?
4. Wie gross wäre, nach Ansicht des Stadtrats, das Synergiepotential eines solchen Mobilitäts-Departements?
5. Müssten ggf. noch weitere Ämter in ein Mobilitäts-Departement inkludiert werden? Und wenn ja, welche?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Motionen, das Postulat und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1107. 2019/132

Schriftliche Anfrage von Dubravko Sinovcic (SVP) und Maria del Carmen Señorán (SVP) vom 03.04.2019:

Ökobilanz der städtischen Fahrzeuge, Beurteilung der Vor- und Nachteile, des Wirkungsgrads, der Kosten, der Verfügbarkeit und der Ökobilanz von Fahrzeugen mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb

Von Dubravko Sinovcic (SVP) und Maria del Carmen Señorán (SVP) ist am 3. April 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Bevölkerung der Stadt Zürich engagiert sich ökologisch. Der 2000 Watt-Artikel und die Annahme der Grünstadt-Initiative sind nur zwei Beispiele. Von den städtischen Betrieben wird erwartet, dass zur Erfüllung der Aufgaben energieeffiziente Fahrzeuge oder sogar auch Elektromobile beschafft werden. So hat zum Beispiel der VBZ Hybridbusse der Marke Volvo beschafft. Es stellt sich die Frage, inwiefern die Ökobilanz von Hybrid- oder vollelektrischen Fahrzeugen längerfristig einer genauen Betrachtung standhält. Die Herstellung der Batterien ist ungeheuer ressourcenaufwändig und die Rohstoffe werden teils unter menschenfeindlichen Bedingungen in Staaten der Dritten Welt abgebaut.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wo sieht der Stadtrat Vorteile der Elektromobilität (bezogen auf VBZ, ERZ, EWZ, usw.) gegenüber anderweitigen ökologischen und CO₂-neutralen Fortbewegungsmitteln?
2. Gibt es aus Sicht des Stadtrates ökologische Bedenken gegenüber Fahrzeugen mit Wasserstoffantrieb? Sind im Auftrag der Stadt Zürich solche Fahrzeuge unterwegs?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die aktuellen technischen Gegebenheiten bei der Wasserstoffherstellung bezüglich Wirkungsgrad und Ökologie? Und mit welchen Entwicklungen ist hier in naher Zukunft zu rechnen? Wie sind die Verfügbarkeit und der Preis von Wasserstoff aus nicht fossiler Herstellung?
4. Ist mit Fortschreiten der Energiewende und der damit verbundenen Schwankungen in der Stromproduktion in Zukunft mit einer vermehrten «Stromverwertung» zur Wasserstoffherstellung und so mit einer höheren Verfügbarkeit von CO₂-neutralem Wasserstoff zu rechnen?
5. Gibt es beim EWZ zu gewissen Zeiten eine «Überproduktion» von Strom, welche zur lokalen Produktion von Wasserstoff genutzt werden könnte?
6. Wie sieht die Ökobilanz eines PKW und eines Busses mit Wasserstoffantrieb, verglichen mit einem solchen Fahrzeug mit Batterieantrieb, aus?
7. Wie hoch sind die Anschaffungskosten eines PKW oder eines Busses mit Wasserstoffantrieb, verglichen mit einem solchen Fahrzeug mit Batteriebetrieb?
8. Wie gross ist die Verfügbarkeit von Fahrzeugen mit Wasserstoffantrieb auf dem Markt aktuell? Z.B. PKW, Busse, Lastwagen, Spezialfahrzeuge (Müllabfuhr, Stadtreinigung, usw.)?
9. Wie hoch schätzt der Stadtrat die Investitionskosten, um in der Stadt Zürich ein Tankstellennetz für potentielle städtische Wasserstofffahrzeuge aufzubauen?

10. Ist für den Stadtrat die Anschaffung von Fahrzeugen mit Batterieantrieb prioritär? Wenn ja, wo liegt der Vorteil gegenüber Fahrzeugen mit Wasserstoffantrieb?
11. Plant der Stadtrat zukünftig Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb zu testen oder zu beschaffen? In welchem Bereich?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1108. 2018/291

**Weisung vom 22.08.2018:
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Wildenweg, Festsetzung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 9. Januar 2019 ist am 18. März 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. April 2019.

1109. 2018/371

**Weisung vom 26.09.2018:
Präsidialdepartement, «Verein Zürcher Volksfeste», Anpassung GR Nr. 2009/136,
Anpassung Eigenleistungen, Bewilligung Einnahmeverzicht**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 9. Januar 2019 ist am 18. März 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. April 2019.

1110. 2018/372

**Weisung vom 26.09.2018:
Kultur, «Zurich Film Festival», Beiträge 2019–2022**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 9. Januar 2019 ist am 18. März 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. April 2019.

1111. 2018/379

**Weisung vom 03.10.2018:
Tiefbauamt, Negrellisteg, Abschnitt Kanonengasse bis Klingenstrasse, Neubau
Gleisüberführung für Fussverkehr, Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 9. Januar 2019 ist am 18. März 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. April 2019.

Nächste Sitzung: 10. April 2019, 17 Uhr.